«Heute muss ich Dir vom letzten Stand der Vorberatenden Kommission berichten und dass die neue Regelung vielleicht 1996 oder so in Kraft tritt – aber wir zwei haben ja Zeit . . .»

AHV-Revision auf zwei Gleisen

Ständeräte wollen auch Einheitsrente näher prüfen

Die 10. AHV-Revision ist noch nicht aus dem Tunnel: Die Vorberatende Ständeratskommission will neben dem Rentensplitting auch die Einheitsrente vertieft prüfen und erst im kommenden Januar ein Modell wählen. Um nicht unter Zeitdruck zu geraten, sollen die vorgezogenen Rentenverbesserungen verlängert und ergänzt werden.

Bern. – Im Zentrum der Sitzung vom Dienstag stand die Einheitsrente, die nach den Beratungen im Nationalrat vom Frühjahr von der CVP wieder ins Gespräch gebracht worden war. Der Kommission lag dazu ein Aussprachepapier der Verwaltung vor, das laut Kommissionspräsident Markus Kündig jedoch zu wenig detaillierte Angaben enthielt.

Im November will die Kommission das Splitting-Modell des Nationalrates prüfen und – sofern sie ihm zustimmt – bis Mitte 1994 ins Plenum bringen. Der Haupteinwand gegen das Splitting besteht Kündig zufolge darin, dass es während rund 25 Jahren zwei Klassen von Rentnern schafft: «Altrentner» nach bisheriger Ordnung und «Neurentner», auf die das Splitting-System angewendet wird.

Mitte Januar 1994 dann will sich die Kommission näher mit der Einheitsrente befassen, gestützt auf einen Zusatzbericht der Verwaltung. Ziel bleibt es, die 10. Revision auf 1996 in Kraft zu setzen.

Um den zeitlichen Druck zu mildern, forderte die Kommission den Bundesrat auf, das seit diesem Jahr geltende Sofortprogramm über 1994 hinaus zu verlängern. Es enthält Rentenverbesserungen für rund die Hälfte der Bezüger sowie Erziehungsgutschriften für geschiedene Frauen.

Die Einheitsrente führte zu ungewöhnlichen Koalitionen: Für eine vertiefte Prüfung sprachen sich CVP und FDP aus, während SP und SVP Vorbehalte anmeldeten. Betonten die Befürworter die Gleichheit von Mann und Frau und die Solidarität, befürchtete vorab die SP, die Prüfung des neuen Modells führe zu taktischen Verzögerungen und deshalb in die Sackgasse. Bundesrätin Ruth Dreifuss verwies darauf, dass der Gedanke der Äquivalenz – Rentenhöhe in Abhängigkeit vom Einkommen – tief im Volk verankert sei und vor allem die Mittelklasse gegen eine Einheitsrente opponieren könnte. *(TA/AP)*

Seite 7: Auch Einheitsrente wäre nicht so einfach